

Antrag

der Abgeordneten **Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Inge Aures, Christian Flisek, Stefan Schuster, Arif Tasdelen SPD**

Berichts Antrag Digitales Klassenzimmer: Klartext und Transparenz statt Ausreden für Bayerns Kommunen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport mündlich zur Förderung der digitalen Schule Stellung zu nehmen. Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Wurde den Kommunen ursprünglich ein mehrjähriges bayerisches Förderprogramm in Aussicht gestellt?
- Brechen Kommunen derzeit geplante und laufende Ausschreibungen für die IT-Beschaffung ab? Falls ja, weswegen?
- Können Kommunen derzeit Anträge stellen und falls ja, mit welcher Erfolgsaussicht?
- Wie viele Mittel wurden für das Förderprogramm „Digitalbudget für das digitale Klassenzimmer“ veranschlagt?
- Sind die im Haushalt 2019/20 eingestellten Mittel in Höhe von 212,5 Mio. Euro bereits vollständig abgerufen? Welche Überlegungen führten zu dem genannten Haushaltsansatz?
- Ersetzt der Freistaat Bayern die von ihm selbst in den Haushalt 2019/20 eingestellten Landesmittel durch Bundesmittel?
- Welche Gesamtsumme haben Kommunen bislang bayernweit beantragt?
- Welche Gesamtsumme hat die Regierung verbeschieden?
- Gibt es Anträge, die nicht oder nur teilweise verbeschieden wurden? Falls ja, wie geht die Regierung hiermit um?
- Wird die Finanzierung künftig alleine auf Bundesmittel beschränkt?
- Sind Kosten der Systembetreuung künftig förderfähig? Falls ja, wie? Falls nein, warum zieht sich der Freistaat hier aus der Finanzierung zurück?
- Gibt es einheitliche Standards für das digitale Klassenzimmer?

Begründung:

Anders als ursprünglich zugesagt lässt die Staatsregierung das Landesprogramm für Digitale Bildung auslaufen und nicht parallel neben dem neuen Bundesprogramm DigitalPakt Schule

bestehen. Die im Doppelhaushalt 2019/20 eigestellten Mittel sind bereits vollständig etaisiert. Das Kultusministerium hat daher einen Antragsstopp verfügt. Alleine der Stadt Fürth fehlen für 2019/20 2,3 Millionen Euro Fördermittel, die fest eingeplant waren.

Daraus ergibt sich für die Städte und Gemeinden, die fest mit den Mitteln gerechnet hatten, aufgrund unterschiedlicher Fördermodalitäten beider Programme faktisch ein Förderstopp und damit verbundene Planungsunsicherheit. Daran haben auch leider die Erklärungs- und Beschwichtigungsversuche des zuständigen Ministers Piazzolo nichts geändert. Obwohl die SPD-Fraktion in einem Dringlichkeitsantrag verlangt hat, das Förderprogramm umgehend wieder aufzunehmen, verweigert die Staatsregierung dies (Drs. 18/1584).

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, OB Kurt Gribl (CSU) teilte hierzu u.a. Folgendes mit:

„Der Kultusminister verweist auf die Segnungen des Digitalpakts des Bundes, aber schließt gleichzeitig das Förderprogramm des Freistaats. Unter Hinweis auf Fördermittel des Bundes stellt der Freistaat eine weitere Förderung ein. Der Digitalpakt des Bundes entfaltet aber nicht die beabsichtigte Wirkung, wenn sich Bayern aus der Förderung zurückzieht. Einen nachhaltigen Schub für die Digitalisierung unserer Schulen gibt es nur, wenn alle kräftig zusammen finanzieren.“

(Pressemitteilung des Bayerischen Städtetags vom 9.5.2019)

Wie die SPD-Fraktion (vgl. Plenarprotokoll Nr. 18/15 vom 10.04.2018, S. 1336) weist auch der Städtetag darauf hin, dass sich die Kommunen auf die Zusagen der Staatsregierung, die nun per Handstrich kassiert wurden, verlassen haben und nun in der Luft hängen. Erschwerend hinzu kommt, dass die dauerhafte Finanzierung der Systembetreuung über das Bundesprogramm überhaupt nicht förderfähig ist.

Es kann nicht sein, dass auf dem Rücken von Eltern, Schülern und Lehrern hier die Zukunft Bayerns verspielt wird. Wir wollen die Aufgabe der Digitalisierung meistern und unsere Kommunen hier entsprechend ausstatten. Die Regierung darf sich nicht heimlich aus der Förderung verabschieden, sich aber dann gleichzeitig für die Bundesmittel, die der SPD-Finanzminister zur Verfügung stellt, feiern lassen. Es braucht eine Anstrengung aller Akteure – Bund, Land und Kommune – um unsere Schulen zukunftssicher zu machen. Die nachlässige Behandlung dieses Themas durch die Staatsregierung muss beendet werden.

Um endgültig Klarheit zu schaffen, ist es zwingend notwendig, dass das Ministerium im Kommunalausschuss die offenen Fragen, die auch seitens der kommunalen Spitzenverbände deutlich formuliert wurden, beantwortet.